

AUF EINEN BLICK

Das Stadtparlament hat an seiner gestrigen Sitzung eine Ersatzwahl, sieben Sachgeschäfte und einen Vorstoss abgehakt.

Ersatzwahl. Alexandra Akeret (SP) wurde auf Anfang 2015 in die Bildungskommission gewählt. Akeret ersetzt dort Pascal Kübli, der Ende Jahr aus dem Parlament zurücktritt.

Zusatzkredit. Ein Zusatzkredit von 2,567 Millionen Franken zum ursprünglichen vom Volk bewilligten Kredit von 53 Millionen für das Projekt «Logistikbauten und Elektro-Infrastruktur» des Kehrtheizkraftwerkes (KHK) wurde ohne Gegenstimmen gutgeheissen. Fakultatives Referendum.

Platztor. Die Stadt kann dem Kanton für zehn Millionen Franken 6680 Quadratmeter Land beim Platztor verkaufen; dort soll ein zweiter Campus für die Universität entstehen. Dem Kaufvertrag wurde schliesslich ohne Gegenstimme bei rund einem Dutzend Enthaltungen zugestimmt. Fakultatives Referendum. ▶ ST. GALLEN 33

Feld 3. Das Parlament beschloss einstimmig einen Kredit von 450 000 als Anschubfinanzierung für das Technologiezentrum «Feld 3». Dieses soll dereinst im heutigen Tagblatt-Areal an der Fürstenlandstrasse, neben der Empa, entstehen.

Sturzenegg. Der Rat sprach sich einstimmig fürs Erschliessungsprojekt fürs Neubaugebiet Sturzenegg in Winkeln aus. Das Vorhaben kostet insgesamt 991 000 Franken, davon entfallen 679 000 Franken auf die Stadt.

Cannabis. Das Postulat «Für eine vernünftige Cannabis-Politik» von Etrit Hasler (SP) wurde erheblich erklärt, womit der Stadtrat einen Bericht zum Thema verfassen lassen muss.

Wasser. Für das Sanierungsprogramm der Wasserversorgung 2015/2016 wurde ein Rahmenkredit von 5,8 Millionen erteilt. Fakultatives Referendum.

Aufgetischt. Fürs Gauklerfest «Aufgetischt!» hat das Parlament für die nächsten drei Jahre einen städtischen Beitrag von zuerst 20 000, dann 15 000 und schliesslich noch 10 000 Franken genehmigt. Zudem soll dem sehr beliebten Festival der Strassenkünstler für jedes Jahr bis 2017 eine Defizitgarantie von maximal 20 000 Franken in Aussicht gestellt werden.

Stadtfest. Das Parlament bleibt gegenüber dem St. Galler Fest vorsichtig. Dem Antrag des Stadtrates, ab 2016 wiederkehrend 50 000 Franken als Beitrag ans Stadtfest ins Budget zu nehmen, ist es gestern nicht gefolgt. Es hiess zwar für 2015 diesen Betrag gut. Über einen wiederkehrenden Beitrag soll erst nach der Austragung 2016 wieder beraten werden. (dag/dwi/rsp)

Jetzt noch das Budget

Das Stadtparlament hat gestern seine Traktandenliste mit Ausnahme eines Postulatsberichtes vollständig abgetragen. Die Aufrevisionskommission vom 2. Dezember entfällt. Die letzte Parlaments-sitzung 2014 – es ist die insgesamt 24. der laufenden Legislatur 2013 bis 2016 – findet am 9. Dezember statt. Haupttraktandum ist das Budget 2015. (vre)

Parlament legt Basis für «Feld 3»

Das Stadtparlament bewilligte gestern die Anschubfinanzierung für ein Technologiezentrum in der Nähe der Empa. In den Voten wurde dessen Bedeutung für den Bildungsstandort St. Gallen betont. Es gab aber auch kritische Stimmen.

DAVID GADZE

Die Stadt unterstützt das geplante Technologiezentrum «Feld 3» mit einer Anschubfinanzierung. Dieses soll dereinst im Tagblatt-Areal an der Fürstenlandstrasse, in unmittelbarer Nähe zur Empa, entstehen. Das Stadtparlament sprach sich an seiner gestrigen Sitzung einstimmig für einen Verpflichtungskredit von 450 000 Franken aus.

Ein Zeichen an den Bund

Michael Hugentobler, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, hielt eingangs fest, dass diese Anschubfinanzierung faktisch als Investition anzusehen sei. Es werde kein direkter Ertrag erwartet. Das Halten von neuen Betrieben im Umfeld

Das ist mehr eine Werbebroschüre als eine Sachvorlage.

Philip Schneider
CVP/EVP/BDP-Fraktion

der Empa sei jedoch zu priorisieren. Diese würden in die Region Zürich abwandern, wenn kein Raum geschaffen werde. «Die Anschubfinanzierung ist auch ein starkes Zeichen an den Bund, dass es uns ernst ist mit einem Netzwerkstandort für den nationalen Innovationspark.»

Ein neues Wissenszentrum

In der Eintretensdebatte betonte Philip Schneider, Präsident der CVP/EVP/BDP-Fraktion, die «enorm hohe» Bedeutung der Empa für die Stadt St. Gallen. Forschung und Entwicklung erfolgten auf höchstem Niveau, die erbrachten Leistungen würden aber zu wenig wahrgenommen. Durch die Zusammenarbeit von Empa und Universität beim Technologiezentrum könne ein «Treibhaus für neue Entwicklungen», ja ein neues Wissenszentrum entstehen.



Archivbild: Ralph Ribi

Im Tagblatt-Areal (vorne) soll dereinst ein Technologiepark entstehen. Für den Standort spricht die unmittelbare Nähe zur Empa.

Schneider bemängelte aber, die Vorlage lasse einige Fragen offen. So sei der Mietzins von 200 bis 250 Franken pro Quadratmeter für Start-up-Unternehmen «recht stolz». Beim Ver-

Es zeigt sich einmal mehr, wie die Stadt in die Privatwirtschaft drängt.

Christian Neff
SVP-Fraktion

pfligungskredit, der während zehn Jahren tranchenweise ausbezahlt werden soll, sei der jährliche Maximalbetrag nicht definiert. Ausserdem stehe in der Vorlage nichts über die zu erwartenden Betriebskosten. Es sei

insgesamt «mehr eine Werbebroschüre als eine Sachvorlage».

Mit Steuergeldern finanzieren?

Auch Christian Neff von der SVP-Fraktion brachte kritische Bemerkungen an. Er stellte die Frage, ob es notwendig sei, eine «externe Startfeld-Taskforce» weiterhin zu engagieren. Mit «IT St. Gallen rock» habe beispielsweise die regionale IT-Branche selber eine Vermarktungs- und Förderplattform geschaffen. HSG-nahe Institutionen wie das Institut für Jungunternehmen und andere böten zudem ein breites Angebot von Fachkräften. Diese hätten den klaren Vorteil, dass sie sich selbst finanzierten und nicht durch Subventionen der öffentlichen Hand gefördert würden, sagte Neff. «Es zeigt sich einmal mehr, wie die Stadt in die

Privatwirtschaft drängt und in einem Berufsfeld mitmisch, das nicht durch Steuergelder konkurrenzieren werden muss.»

Andreas Dudli sagte namens der FDP-Fraktion, es sei wichtig,

Es ist speziell zu sehen, dass die Standortförderung für etwas gut ist.

Etrit Hasler
SP/Juso/PFG-Fraktion

nicht nur in die Bildung, sondern auch in die Schnittstellen nach der Bildung zu investieren. Beim Technologiezentrum «Feld 3» entstehe aus Bildung und Innovation etwas Kreatives. Es sei mehr als nur die Förderung von

Jung-Unternehmertum, sondern «eine Ausstrahlung für unsere Stadt».

«Lob» für Standortförderung

Auch Etrit Hasler von der SP/Juso/PFG-Fraktion betonte, es sei im Interesse der Stadt, technologie-nahe Firmen anzuziehen. Hasler erlaubte sich auch einen Seitenhieb an die Standortförderung: Es sei «speziell zu sehen, dass diese tatsächlich ab und zu für etwas gut ist» und die Gelder für einmal dafür verwenden, wofür sie auch gedacht seien.

Stadtpräsident Thomas Scheitlin sprach von der «einmaligen Chance, etwas zur Stadtentwicklung und Standortattraktivität beizutragen». Einen jährlichen Maximalbetrag gebe es nicht, um je nach Liquiditätsbedarf handeln zu können.

Erster Schritt zur kontrollierten Hanfabgabe?

Das Stadtparlament erklärte gestern das Postulat «Für eine vernünftige Cannabis-Politik» für erheblich. Bis auf die SVP-Fraktion stimmten alle Fraktionen dafür. Postulant Etrit Hasler (SP) dankte dem Stadtrat eingangs «enormst» für die wohlwollende Antwort auf seinen Vorstoss. Er betonte, mit der Frage der Erheblichkeitserklärung werde nicht über die Legalisierung von Cannabis diskutiert. Der Rat müsse auch nicht die Frage beantworten, wie die Abgabe konkret gestaltet werden soll. Vielmehr gehe es darum, ob eine zukunftsgerichtete Drogenpolitik betrieben werden soll.

Drogenpolitik mitgestalten

Stefan Grob von der CVP/EVP/BDP-Fraktion meinte, mit der heutigen Situation könne die Präventionsarbeit nicht gezielt durchgeführt werden. Die Stadt St. Gallen müsse deshalb die Entwicklung der Drogenpolitik aktiv mitgestalten und ähnliche Pilotprojekte anderer Städte unterstützen. Er betonte aber, eine Erheblichkeitserklärung des Postulats dürfe kein Freipass für die Legalisierung von Cannabis sein.

Clemens Müller von der Fraktion der Grünen, Jungen Grünen und Grünliberalen würdigte das Postulat als kleinen Schritt in die richtige Richtung, um jugendliche Konsumenten vom Stigma der Kriminalität zu befreien.

Diskussion als Zwängerei

Es sei politisch ausserordentlich geschickt, zwei Aspekte – die Abgabe zu medizinischen Zwecken und die Frage der Strafverfolgung – in einen Vorstoss einzubauen, sagte SVP-Fraktionspräsidentin Karin Winter. Ihre Fraktion lasse sich davon aber nicht täuschen. Die Diskussion sei eine «Zwängerei», das Stimmvolk habe sich klar gegen eine Legalisierung von Cannabis ausgesprochen. Eine Erheblichkeitserklärung des Postulats sei jedoch der erste Schritt dazu. Die Fraktion befürchte sogenannte «Social Clubs», in denen Cannabis konsumiert werden dürfe.

Stadtrat Nino Cozzio nahm dieser Einschätzung den Wind aus den Segeln: Im wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekt gehe es einzig darum, ein gesellschaftlich relevantes Thema näher zu untersuchen. (dag)

Noch kein volles Vertrauen

Das Parlament ist dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission gefolgt. Über den Beitrag des Stadtfestes wird auch für 2016 noch einmal abgestimmt.

ELISABETH REISP

Das St. Galler Fest hat im Parlament schon mehrfach zu Diskussionen geführt. Seit Jahren haben die Fraktionen jeweils die mangelhafte Schlussrechnung beanstandet. Dem Antrag des Stadtrates, für nächstes Jahr erneut 50 000 Franken zu sprechen und ab 2016 die 50 000 Franken als fixen Beitrag ins Haushaltsbudget zu nehmen, sind die Parlamentarier deshalb nicht gefolgt. Jedenfalls nicht vollumfänglich. Der Gegenantrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) hingegen hat sich durchgesetzt.

GPK schlägt Kompromiss vor

Die GPK liess durch ihren Vorsitzenden Michael Hugentobler (CVP) verlauten, dass sie bei der Prüfung des Antrags nicht vergessen habe, dass «finanzseitig beim St. Galler Fest immer einige Punkte schwammig und unklar waren». Wohl begrüsse die Kommission die Veränderungen in der Organisation. Sie bemängelte aber gleichzeitig, dass die Organisation nicht öffentlich

ausgeschrieben wurde. Die GPK stimmte dem ersten Antrag zu, für nächstes Jahr erneut 50 000 Franken aus der Stadtkasse beizusteuern.

Den zweiten Antrag über eine jährlich wiederkehrende Unterstützung ab 2016 lehnte sie aber ab. «Zu unserer eigenen Überraschung», sagte Hugentobler. Daher schlug sie vor, dass über eine wiederkehrende Unterstützung ab 2017 erst aufgrund der Berichterstattung über das Fest 2016 beraten werden sollte. Die SP/Juso/PFG-Fraktion sowie die Fraktion Grüne/Junge Grüne/GLP stimmten dem grossmehrheitlich zu, die SVP-, die FDP-, sowie die CVP/EVP/BDP-Fraktion stimmten grossmehrheitlich dagegen. Die Ersteren waren überlegen – obwohl dieses Resultat selbst von ihnen angezweifelt wurde. Auf eine Auszahlung wurde aber verzichtet.

«Das ist ein Blankocheck»

Besonders deutlich zeigte die SP ihre Ablehnung gegenüber dem Stadtfest. Die stadträtliche Vorlage singe ein Loblied auf die Attraktivität des Festes, sagte

Lisa Etter (SP). «Ob es wirklich ein Fest für alle ist, darüber kann man geteilter Meinung sein.» Auch störe sich die SP daran, dass das Fest Leute aus der Agglomeration anziehe und die Stadt hernach deren Abfall aufzuräumen müsse. «Ein wiederkehrender Beitrag für das Fest ist ein Blankocheck.» Die SP ist der Meinung, dass sich die neue Organisation bewähren müsse. Nach zwei Jahren soll entschieden werden, ob sich das Fest zum Positiven entwickelt habe.

Fest soll selbsttragend werden

Die SVP-Fraktion hingegen stand grossmehrheitlich hinter der Vorlage. «Aber nur, weil wir hinter dem Fest stehen», relativierte deren Sprecher Christian Neff sogleich. Und auch dies nicht um jeden Preis. «Die Rechnung lässt seit Jahren zu wünschen übrig oder wird nicht rechtzeitig abgeschlossen», sagte Neff. Die SVP hege die Hoffnung, dass mit dem neuen Organisationskomitee das Fest bald selbsttragend werde und ein finanzieller Zustupf seitens der Stadt obsolet werde.